

Myrdal, Gunnar

Article

Was ist "politische Ökonomie"

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Myrdal, Gunnar (1976) : Was ist "politische Ökonomie", Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 2, Iss. 1, pp. 13-20

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/331975>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Was ist »politische Ökonomie«

Gunnar Myrdal

Nobelpreisträger Gunnar Myrdal war auch der erste Empfänger des Frank-E.-Seidman-Preises für Politische Ökonomie. Wir bringen die von ihm anlässlich der Verleihung dieses Preises gehaltene Rede um so lieber zum Abdruck, als sie bisher in deutscher Sprache noch nicht veröffentlicht wurde. Im englischen Original erschien sie 1975 in den »Papers in Economic Criticism« der Memphis University. Unsere Übersetzung besorgte Fred Prager.

Die Redaktion

I.

Wir alle wissen, daß die jetzt allgemein als »economics« bezeichnete akademische Fachrichtung noch vor etwa zwei Generationen ebenso allgemein »political economy« genannt wurde. Die erste Professur, zu der ich im Jahr 1933 als Nachfolger Gustav Cassels an die Universität von Stockholm berufen wurde, führte die Bezeichnung »Political Economy and Financial Science«.

Was wollten die Fachautoren in früheren Zeiten mit der Einfügung des Adjektivs »politische« ausdrücken? Und warum hat man es fallengelassen? Sollte die Änderung bloß eine »Rationalisierung«, eine Abkürzung ohne logische Bedeutung sein? Oder läßt sich eine diese Änderung motivierende tiefere Bedeutung feststellen? Und wenn Sie mich heute einen »political economist« nennen, wollen Sie damit etwa unterstellen, daß ich einer anderen, einer besonderen Gattung von Wirtschaftswissenschaftlern zugehöre?

Der Wandel im Sprachgebrauch von der »Politischen Ökonomie« zum (anglo-amerikanischen) Ausdruck »economics« wurde im Lauf der langen Zeit, da er sich schrittweise durchsetzte, kaum je als Problem erörtert, ja, die sich damit vollziehende Ankündigung einer bedeutsamen Veränderung der Schwerpunkte und der Richtung unserer Arbeit und Arbeitsweise blieb fast unbemerkt. Aber rückblickend scheint mir, der Begriffswandel sei ein bedeutsames Zeichen des Wandels in unserer Arbeitsweise gewesen. Er bezog sich auf eine grundlegende Veränderung in den Auffassungen, mit denen wir an unser Studium der Wirtschaft herangehen.

II.

Von Anfang an, schon im siebzehnten und frühen achtzehnten Jahrhundert, betrachteten sich Wirtschaftswissenschaftler unbedenklich und rückhaltlos als »political economists«. Sie erachteten es als selbstverständlichen Teil ihrer Pflichten, praktisch-politische Schlußfolgerungen zu ziehen. Und sie hielten sich für berechtigt, dies aus rationalen Gründen, das heißt als logische Folgerung aus ihrer Tatsachenkenntnis, zu tun.

Freilich haben Volkswirtschaftler zumindest seit N. W. Senior, und seither immer wieder betont, daß es ihre »Theorie« ihnen nicht gestatte, aus ihr Richtlinien für die Praxis (»policy conclusions«) abzuleiten — »politische Schlußfolgerungen zu ziehen«. Damit haben sie uns eine Formel beschert, die uns bis heute gegenwärtig ist. Ein stets hochgeehrtes, in der Praxis einst wie heute stets mißachtetes Prinzip.

Beschränken wir uns auf die Klassiker und Neoklassiker — in der Tradition, die fast bis zum Ersten Weltkrieg reicht —, so erweist sich allerdings der Widerspruch in ihrem Denken als eher scheinbar denn wirklich. Denn was sie als unanwendbar, als keine geeignete Grundlage für praktisch-politische Folgerungen bezeichneten, war ihre »Theorie« im engeren Sinn.

Seit Ricardo war diese Theorie eine sehr vereinfachte, auf etlichen abstrakten Annahmen aufgebaute deduktive Analyse; Senior zählte vier solche Annahmen auf. Zwar suchte man sie möglichst realistisch zu gestalten, doch war man sich der Notwendigkeit bewußt, zahlreiche detaillierte Daten über tatsächliche Gegebenheiten einbeziehen zu müssen, um gültige Richtlinien ableiten zu können.

So brauchte John Stuart Mill — als er eine umfassendere Aufgabe in Angriff nahm — dem Titel seines Buches bloß einen Nachsatz anzuhängen, um zu verdeutlichen, er beabsichtige, ein weiteres Feld als das der reinen Wirtschaftstheorie zu behandeln: »*Principles of Political Economy, With Some of Their Applications to Social Philosophy*«.

Über die Möglichkeit, ihren Untersuchungsbereich so auszuweiten, daß sie daraufhin instandgesetzt würden, praktisch-politische Rezepte zu liefern, hegten sie keine Zweifel.

In dem von John Stuart Mill in seinen Frühwerken erläuterten Sinn ist das Studium der Wirtschaft eine »moralische Wissenschaft«, und das sind nach seiner Meinung auch alle anderen Gesellschaftswissenschaften. Entscheidend für diese Meinung, die die Wissenschaft von der Wirtschaft

als *politische* Ökonomie begründet hat, war die Auffassung, daß es objektive Werte gibt, die man als Tatsachen erkennen, beobachten und analysieren kann und die man daher sowohl zur Untersuchung aller anderen Tatsachen heranziehen als auch den Schlüssen und Entscheidungen zu rationalem Handeln zugrunde legen kann.

Diese Wertgrundlage der Wirtschaftslehre wurde von der damals gültigen Moralphilosophie geliefert — ursprünglich von der Philosophie des Naturrechts und später vom Utilitarismus (der, wie ich gezeigt habe, nur eine Abwandlung und Neuformulierung der Philosophie des Naturrechts war).

Die Neoklassiker verfeinerten dann diese Moralphilosophie und insbesondere ihre Grundlagen in der hedonistischen assoziativen Psychologie. Ja, ihren letzten Schliff hat die Moralphilosophie des Utilitarismus zweifellos schließlich in der Grenznutzentheorie der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts erhalten. Viele der bedeutenden Ökonomen dieser Zeitperiode, unter ihnen zum Beispiel H. Sidgwick, sind in das Pantheon dieser philosophischen Geistesrichtung eingegangen.

Die von der ersten Generation der Neoklassiker entwickelte »Wohlfahrtstheorie« hatte also ihre logische Grundlage in der utilitaristischen Moralphilosophie, die sich ihrerseits auf die hedonistische assoziative Psychologie stützte. Diese Entwicklung vollzog sich gerade, als sowohl die utilitaristische Moralphilosophie als auch die ursprüngliche hedonistische assoziative Psychologie von den Berufsphilosophen und Psychologen aufgegeben wurden. Die seither eingetretene sehr deutliche Isolierung der Wirtschaftswissenschaft von den anderen Gesellschaftswissenschaften und von der Philosophie datiert von diesem Zeitpunkt.

Die modernen akademischen Ökonomen des »Establishment« haben die Wohlfahrtstheorie beibehalten, sie haben sich aber nach Kräften bemüht, ihre in einer jetzt überholten Moralphilosophie und ebenso überholten Psychologie verankerten Grundlagen zu verbergen und aus ihrem Bewußtsein zu verdrängen. Anschließend ist es ihnen gelungen, eine anscheinend wertfreie, eine amoralische Wirtschaftstheorie zu betreiben, und das streichen sie stolz als »zünftig«, als »Professionalismus« heraus. Im Gegensatz zu unseren Vorfahren und Vorbildern sind sie keine »political economists«.

Ich dachte, ich hätte der modernen Wohlfahrtstheorie vor vierzig Jahren den Garaus gemacht, als ich ihre Oberflächlichkeit und logische Widersprüchlichkeit bewies. Aber sie wächst und wächst wie ein bössartiges Geschwür. Jahrein, jahraus erscheinen hunderte Bücher und Artikel über »welfare economics« (und über »soziale« Marktwirtschaft). Aber soweit überhaupt ein Sinn dahinter stecken sollte, so kann der einzig und allein als überholte hedonistische Psychologie und als utilitaristische Moralphilosophie gedeutet werden. Es war mir immer schon ein Rätsel, warum Psychologen und Philosophen diese Wirtschaftswissenschaftler ungestört ihre zwecklosen Spielchen absolvieren ließen.

Die offizielle Wirtschaftswissenschaft unserer Tage wird vor allzuviel Wissen um moderne Psychologie und Philosophie bewahrt durch den Trend zu engstirnigem »Professionalismus« in Ausbildung, Lektüre und eigent-

lich auch im Bewußtsein — oder vielmehr Mangel an Bewußtsein — all dessen, das sich außerhalb des engen Bereichs abspielt, den sie sich als ihr Fachgebiet abgesteckt haben. Und die verhältnismäßige Vernachlässigung der Geschichte der Wirtschaftswissenschaften, die man aus ihren Lehrplänen ersehen kann, verhilft ihnen zu einem übertriebenen Glauben an die Originalität ihrer eigenen Beiträge zur »Wohlfahrtswirtschaft«, ja es bewahrt sie sogar oft vor der Erkenntnis, daß das, was sie anstreben, nichts anderes ist als eine verkleidete normative Wirtschaftstheorie; eine so abstrakte und verkapselte Theorie allerdings, daß sie keine Beziehungen zu praktischen Situationen hat.

Die Großen der Wirtschaftswissenschaft, die als Erste die hedonistische und utilitaristische Wohlfahrtstheorie entwickelten — Männer wie Jevons, Sidgwick und Edgeworth —, konnten überzeugend und mit klaren Begriffen arbeiten, denn sie wußten, was sie taten. Sie ließen sich nicht darauf ein, über grundlegende psychologische und philosophische Annahmen, die in der Wohlfahrtstheorie impliziert sind, hinwegzugleiten. Die zeitgenössischen Wohlfahrtstheoretiker übersehen meist die historischen Perspektiven, die sie dem intensiven Studium ihrer Vorgänger abgewinnen könnten, und gleichzeitig das ebenfalls durch solches Studium zugängliche Wissen um die Frage, wo denn die grundlegenden Schwierigkeiten versteckt liegen mögen.

Selten wurden von Wirtschaftswissenschaftlern Versuche unternommen, empirisch und in den Kategorien der modernen Psychologie das Verhalten der Menschen als Gehaltsempfänger, als Konsumenten, Sparer, Investoren zu untersuchen. Die wenigen Versuche, die außerhalb unserer Zunft unternommen wurden, von den Annahmen der alten und der neuen Wohlfahrtstheorie freie und unbeeinflusste realistische psychologische Untersuchungen über wirtschaftliches Verhalten anzustellen, wurden von der offiziellen Wirtschaftswissenschaft völlig ignoriert. Die tiefere Ursache für diese Vernachlässigung ist natürlich, daß die Ergebnisse solcher Forschung unmöglich in das begriffliche Rahmenwerk der Wohlfahrtstheorie vom herkömmlichen und noch immer herrschenden Schlag integriert werden können.

Nebenbei möchte ich bemerken, daß die neue Blüte der »welfare economics« eng mit der wachsenden Vorliebe für überabstrakte theoretische Modelle zusammenhängt. Unter den vielen unterstellten und nicht ausreichend überprüften Annahmen dieser Modelle, und manchmal sogar in ihren postulierten Strukturen spielt der objektivierte Begriff der Wohlfahrt fast immer eine Rolle. Vom Institutionellen ausgehend entgeht man nicht so leicht den menschlichen Wertungen, die gleichzeitig Gegenstand der Forschung und Voraussetzungen der Forschung sind.

Der Wissenschaftler, der als Student der politischen Ökonomie tätig ist und damit anerkennt, daß die Wirtschaftswissenschaft eine moralische Wissenschaft ist, arbeitet in gewissem Sinn in der großen Tradition des 18. Jahrhunderts. Wenn er aber gleichzeitig die der politischen Ökonomie zugrunde liegende — und selbst in der Wohlfahrtstheorie der modernen Wirtschaftswissenschaft als versteckte und verdrängte Voraussetzung enthaltene — Moralphilosophie des Utilitarismus samt der in ihr implizierten

hedonistischen Psychologie aufgibt, dann muß er darüber Rechenschaft ablegen, welche Bewertungsgrundlage er denn nun sonst seiner Arbeit gibt.

Von Bewertungen kommen wir nicht los. Es hat nie eine desinteressierte Forschung gegeben, und die wird es auch nie geben. Vor den Antworten müssen die Fragen gestellt werden. Ohne Standpunkt gibt es keinen Blickpunkt und keine Umschau. Im gewählten Gesichtspunkt und in den gestellten Fragen sind Bewertungen impliziert.

Unsere Bewertungen, unsere Wertmaßstäbe bestimmen, wie wir an ein Problem herangehen, sie bestimmen die Definition unserer Begriffe, die Wahl unserer Modellfälle und die Auswahl unserer Beobachtungen — ja, sie bestimmen den gesamten Verlauf unserer Untersuchungen vom Anfang bis zum Ende. Werden wir uns nicht der Bewertungsgrundlage unserer Forschung bewußt, so bedeutet das, daß wir das Kunststück zustande bringen, unsere Gedankengänge trotz Fehlens einer Voraussetzung zu verfolgen — und das öffnet Vorurteilen Tür und Tor.

Demgemäß habe ich behauptet — und mich in meinen eigenen Arbeiten daran zu halten bemüht —, daß man in jedem wissenschaftlichen Unterfangen klar und deutlich die sachlich notwendigen und dienlichen Wertvoraussetzungen zu nennen hat. Sie sind schon zur Feststellung der erheblichen Fakten erforderlich, und nicht erst für die richtungweisenden Folgerungen. Diese ausdrücklichen Wertvoraussetzungen können nicht willkürlich gewählt werden. Sie müssen für die zu untersuchende Gesellschaft relevant, logisch, widerspruchsfrei und möglich sein.

Der Einsatz instrumenteller Wertvoraussetzungen dient dreierlei Zielen. Er bestimmt auf vernünftige Weise die Formulierung von Problemen, die Arbeitsmethode und die Definition der in der Untersuchung anzuwendenden Begriffe. Dann legt er eine tragfähige logische Basis für die Ableitung praktischer Schlußfolgerungen aus rationalen Denkprozessen. Und er trägt zur weitgehenden Befreiung der wissenschaftlichen Untersuchung von verzerrenden Vorurteilen bei. Was dieses Problem der Vorurteile betrifft, so hätte die Entwicklung einer Soziologie und Sozialpsychologie der Gesellschaftswissenschaften und der Gesellschaftswissenschaftler, die ich befürwortet habe, das wichtige Ergebnis, uns der Notwendigkeit logischer Klarheit deutlicher bewußt zu werden, die sich ergibt, wenn man ausdrückliche Wertvoraussetzungen definiert und sich an sie hält.

Wenn wir mit bestimmten, explizit gemachten Wertvoraussetzungen arbeiten, bringen wir damit nicht, wie oft behauptet wird, einfach »unsere eigenen Vorurteile zum Ausdruck«. Denn seine Vorurteile sind dem Forscher normalerweise nicht bewußt und entziehen sich daher seiner Kontrolle. Ein oberflächliches Bekenntnis persönlicher Vorurteile ist kein Ersatz für eine begründete Wahl von Wertvoraussetzungen.

III.

Man soll nicht verschweigen, wie enorm schwierig es ist, unsere Wertvoraussetzungen realistisch auf den Bewertungen zu basieren, die in den von uns untersuchten Gesellschaften Geltung haben.

Die Meinungsforschung hat noch nicht den Stand an Genauigkeit und Eindeutigkeit erreicht, daß wir sie für diesen Zweck verwenden könnten. So wird zumeist — und unter anderem — noch nicht einmal ernstlich versucht, in den Umfragen die Bewertungen und die Meinungen des Publikums zu unterscheiden; was geglaubt wird, das wird regelmäßig und opportunistisch verzerrt, um Bewertungskonflikte zu verdecken.

Rationale Folgerungen über verfolgbare Zielsetzungen sollte man natürlich nicht auf Bewertungen begründen, welche die Menschen hätten, wenn ihre Ansichten von der Wirklichkeit eben dieser Wirklichkeit richtiger entsprächen — vor allem, wenn sie soviel wüßten, wie wir wissen. Weiters sollten diese Bewertungen stets einer künftigen Situation entsprechen, nachdem sie sich gewandelt hat, und zwar so, wie es der Forscher vorhersieht, und nicht der »Mann auf der Straße«. Aus alldem ergibt sich, daß wir bei der Auswahl unserer Wertvoraussetzungen hauptsächlich auf impressionistische Eindrücke und auf Spekulationen zurückgreifen müssen.

Im Idealfall sollte sich die Untersuchung auf mehrere alternative Reihen von Wertvoraussetzungen stützen. Dieses Erfordernis kann aus praktischen Gründen nur sehr selten oder sehr bruchstückweise erfüllt werden. Wir sollten nicht vergessen, daß die Wertvoraussetzungen den Ansatz und damit den gesamten Verlauf der Untersuchung bestimmen. Eine Vervielfachung unserer Ansätze würde zumeist die Grenzen unserer Forschungsmittel sprengen.

Um unsere Arbeit nicht übermäßig zu komplizieren, müssen wir normalerweise eine einzige Kombination von Wertvoraussetzungen als instrumental bedeutungsvoll für unsere Untersuchung wählen. Aber wir dürfen uns in diesem Punkt keiner Täuschung hingeben: die Wahl des Instrumentariums ist von materieller Bedeutung. Wir verleihen dem mit der Wahl unserer Wertvoraussetzungen gekennzeichneten Ansatz einen strategisch begünstigten Platz in unserer Untersuchung.

Ich will diesen Schwierigkeiten ehrlich Rechnung tragen, und ich habe oft betont, daß ich nicht behaupten kann, für das methodologische Problem der Bestimmung jener Wertvoraussetzungen eine befriedigende Lösung gefunden zu haben, die man sowohl zur Erhebung der Tatsachen als auch insbesondere zur Bestimmung der programmatischen Richtlinien benötigt.

Bewertungen sind in der Forschung immer stillschweigend vorausgesetzt, und man soll sie nicht unter den Tisch fegen. Gewöhnlich bleiben sie verborgen, meist sind sie selbst dem Forscher nicht bewußt. Sie sind nicht unter seiner Kontrolle, und das öffnet der Willkür und dem Eindringen systembedingter Vorurteile die Tür.

Ich möchte daher mit allem Nachdruck feststellen: Wenn wir uns der Disziplin unterwerfen, uns auf eine Kombination instrumentaler Wertprämissen festzulegen und sie möglichst genau zu umreißen — gleichgültig, wie wir zu ihnen gekommen sind oder was auch immer sie sein mögen —, und wenn wir uns in unserem Ansatz, bei der Definition unserer Begriffe und bei der Formulierung unserer Theorien von ihnen leiten lassen, so stellt dies einen Fortschritt in Richtung auf Ehrlichkeit, Klarheit und Schlagkraft unserer Forschung dar, und insbesondere einen Selbstschutz gegen Vorurteile.

Wir haben dann zumindest eindeutig dargetan, welche Rolle die Wertungen tatsächlich bei unserer Untersuchung gespielt haben. Dann ist jedermann, der die Wahl unserer Wertprämissen in Frage zu stellen wünscht, wenigstens der mühseligen Aufgabe enthoben, die sonst unausgesprochen enthaltenen Wertungen und die Frage, inwieweit sie unseren Blickpunkt, unsere Prozeduren und unsere Ergebnisse beeinflußt haben, durch Immanenzkritik erst aufdecken zu müssen.

IV.

Wenn ich versucht habe, diese Einsicht auf vielen verschiedenen Arbeitsgebieten anzuwenden, und wenn ich unter der Disziplin gearbeitet habe, meine Wertprämissen ausdrücklich zu nennen und ihre Wahl zu rechtfertigen, dann habe ich, so glaube ich, in der großen Tradition gewirkt, die ihren Ursprung im 18. Jahrhundert hat. Da daraus gefolgert werden kann, daß wirtschaftspolitische Richtlinien vernunftgemäß aus solchen Wertprämissen und aus den vom Standpunkt dieser selben Wertprämissen aus ermittelten Tatsachen abgeleitet werden können, wird damit die Wirtschaftswissenschaft wieder auf ihren Platz als moralische Wissenschaft im Sinne John Stuart Mills erhoben — allerdings ohne die Gewißheit, in der die Männer der politischen Ökonomie von einst auf die Existenz eines objektiven Wertsystems bauten.

Selbst in anderen Beziehungen fühle ich mich der alten Tradition verbunden. Mußten die Autoren der klassischen und neoklassischen Richtung feststellen, ihre abstrakte Theorie gestatte es ihnen nicht, programmatische Schlüsse zu ziehen, so haben sie damit auch, wie ich gezeigt habe, anerkannt, daß eine weit gründlichere Kenntnis der Gesellschaft, die sie untersuchten, nötig sei. Die meisten Autoren dieser Richtung — von Adam Smith bis Alfred Marshall — zogen alle möglichen außerhalb der sogenannten ökonomischen Faktoren liegenden Elemente ins Kalkül, waren somit, was wir jetzt als institutionelle Wirtschaftswissenschaftler bezeichnen würden. Nur dadurch wurden sie zu »political economists«, »politischen« Volkswirtschaftlern, nur so konnten sie »policy conclusions«, programmatische Zielsetzungen folgern, Schlüsse für praktisches Handeln ziehen.

Daß wir den institutionellen Weg wählen, um an unsere Probleme heranzugehen, dafür gibt es den guten logischen Grund, daß zwischen allen Bedingungen innerhalb der Gesellschaft kausale Wechselbeziehungen bestehen. Wirtschaftswachstum ist mit abhängig davon, wie es um die Gleichheit bestellt ist. In den letzten Jahrzehnten, als ich hauptsächlich mit Untersuchungen über die Entwicklungsprobleme der unterentwickelten Länder beschäftigt war, mußte ich dabei die Notwendigkeit massiver Reformen ihrer gesamten institutionellen Strukturen, als Voraussetzung ihrer Entwicklung, erkennen. Eine auf die ökonomischen Faktoren beschränkte Untersuchung kann keine schlüssigen Ergebnisse liefern; am allerwenigsten dann, wenn sie sich auf ein stark vereinfachtes Modell stützt.

V.

Und nun muß ich schließen, denn meine Redezeit geht zu Ende. Da ich versuchen mußte, meine Botschaft in einen halbstündigen Vortrag zusammenzudrängen und dabei doch das ganze gewaltige Gebiet meines gewählten Themas darzustellen, habe ich vielleicht meine Argumentation höchst skizzenhaft präsentiert, und daß dabei wohl ihre Relevanz nicht ganz leicht verständlich zur Geltung kam, dessen bin ich mir peinlich bewußt.

Darf ich abschließend sagen: So schwarz ich auch über die zurzeit in der Welt herrschenden Trends sehen mag, ich sehe die Entwicklung unserer Wirtschaftswissenschaft keineswegs in einem pessimistischen Licht. Ich erwarte, daß die Erstellung ganz abstrakter Modelle auf Grund oft ungenannter und nicht sorgfältig erwogener, oft völlig unrealistischer Annahmen in den nächsten fünfzehn bis zwanzig Jahren an Prestige einbüßen wird. Ein entschieden institutioneller Weg, die Berücksichtigung tatsächlich bestehender Einrichtungen, wird sich durchsetzen — einfach deshalb, weil das notwendig ist, will man erfolgreich mit den praktischen und politischen Problemen fertig werden, die sich heute über uns zusammenballen und uns zu überwältigen drohen. Viel von dem, was heute als etablierte akademische Wirtschaftswissenschaft gilt, wird als irrelevant und uninteressant fallengelassen werden und untergehen.

Und aus dem gleichen Grund werden wir offener und systematischer überlegen müssen, welche methodologischen Instrumente wir haben, um in gesteuerter und rationaler Weise Wertungen in unsere Untersuchungen einzubauen. Das wird als nötig erkannt werden, will man die heute sich häufenden praktischen Fragen des Handelns auf lange Sicht bewältigen.

So und so, auf beiden Wegen wird die Wirtschaftswissenschaft wieder zur politischen Ökonomie werden, wie sie es früher einmal war, obwohl sie auf einer ganz anderen philosophischen und psychologischen Grundlage wird stehen müssen.

Der Wandel wird wohl nicht in dramatischer Form und als durchdachte Bekehrung seinen Einzug halten, außer im Fall einiger weniger Wissenschaftler, die, wie ich, diesen Wandel führen und auf ihn drängen; sondern als graduelle Anpassung der etablierten Wirtschaftswissenschaft, in Reaktion auf die sich wandelnden Anforderungen unserer Gesellschaft und ihren wachsenden, sich verschärfenden Problemen. Im Rückblick, in historischer Perspektive wird sich zeigen, daß das gebieterische Muß dieser neuen und gewandelten Anforderungen an unser Fach von größerer Tragweite war als bloße Konzessionen an meine und meiner Kollegen Logik, die wir die Vernünftigkeit dieses Wandels gepredigt haben. Uns, den Herausforderern, obliegt es weiterhin, diesen vorausgesehenen Anpassungsprozeß zu fördern und voranzutreiben, indem wir auf logische Verständlichkeit in unseren Argumenten zugunsten des Wandels unserer Methoden drängen und in unseren Arbeiten an den diversen Problemen mutig auf den neuen Wegen weiterschreiten.